



Handels- und Industrieverein des Kantons Schwyz



Bild: Bruhin & Diethelm AG

AUSLESE

Diese Ausgabe wird gesponsert von der Firma

Bruhin & Diethelm AG, Wangen

www.bruhin-diethelm.ch

Nr.	Datum	Sponsor	
374	24.08.2006	MIT Meyer Information Technology AG, Rebbergstrasse 20, 8832 Wollerau	388 22.11.2007 Maschinenbau BÜHLER AG, 6431 Schwyz
375	21.09.2006	GS-Präzisions AG, Fännring 8, 6403 Küssnacht	389 20.12.2007 ROESLE FRICK & PARTNER Rechtsanwälte und Notare, in 8808 Pfäffikon und 8002 Zürich
376	26.10.2006	Sparkasse Schwyz, 6431 Schwyz	390 24.01.2008 MIT Provider AG, Rebbergstrasse 20, 8832 Wollerau
377	23.11.2006	HELOG-HELISWISS AG, Helikopter-Transporte, Haltikon 32, 6403 Küssnacht a. Rigi	391 21.02.2008 Schwyzer Kantonalbank, 6431 Schwyz
378	21.12.2006	BDO Visura, Feldmoosstrasse 12, 8853 Lachen	392 20.03.2008
379	25.01.2007	OBT AG, Rubiswilstrasse 14, 6431 Schwyz	393 24.04.2008
380	22.02.2007	Bruhin & Diethelm AG, Maschinenbau, Büelgasse 6, 8855 Wangen	394 22.05.2008 Bruhin & Diethelm AG, Maschinenbau, 8855 Wangen
381	22.03.2007	A. TSCHÜMPERLIN AG, BAUSTOFFE, Oberneuhofstrasse 5, 6341 BAAR	395 26.06.2008
382	26.04.2007	DOM AG Sicherheitstechnik, Breitenstrasse 11, 8852 Altendorf	396 22.07.2008
383	24.05.2007	Axilion AG, Unternehmens- und Informatik-Beratung, 6431 Schwyz	397 20.08.2008
384	21.06.2007	biberbau ag, 8836 Biberbrugg	398 23.09.2008
385	23.08.2007	pensionskasse pro, 6430 Schwyz	399 21.10.2008
386	20.09.2007	Wilhelm Schmidlin AG, Stahlbadewannen, 6414 Oberarth	400 20.11.2008
387	25.10.2007	Sparkasse Schwyz, 6431 Schwyz	401 18.12.2008
			402 22.01.2009
			403 19.02.2009
			404 26.03.2009
			405 23.04.2009
			406 28.05.2009
			407 25.06.2009

Adressen H+I Kanton Schwyz

H+I-Präsident:

Ruedi Reichmuth
lic. iur. HSG, Rechtsanwalt
Convisa AG, Unternehmens-,
Steuer- & Rechtsberatung
6431 Schwyz
Tel. 041 819 60 60
Fax 041 819 60 69
praesident@h-i-sz.ch
ruedi.reichmuth@convisa.ch

H+I-Geschäftsführer:

Roman Weber
lic. iur., Fürsprecher
Wehrlı Rechtsanwälte
Bahnhofstrasse 4 / Postfach 762
6431 Schwyz
Tel. 041 818 80 92
Fax 041 811 80 81
info@h-i-sz.ch

Sekretariat Wirtschaftswochen:

Georg Stäheli
Treuhandbüro
Kirchstrasse 42
Postfach
8807 Freienbach
Tel. 055 415 78 00
Fax 055 415 78 01
g.staeheli@staeheli-treuhand.ch

Kasse:

Schwyz Kantonalbank
Tel. 041 819 41 11
Fax 041 819 41 27

Gesamtverantwortung

für die H+I-Auslese
(Herausgabe und Redaktion):
Sekretariat H+I
Redaktion Teil «SZ»:
Franz Steinegger, Schwyz
Tel. 041 819 08 76
Abschlussredaktion:
RA Dr. iur. Reto Wehrli, Schwyz
Tel. 041 811 80 80
Satz, Druck, Spedition:
Bruhin AG, print&crossmedia, Freienbach
Tel. 055 415 34 34
www.bruhin-druck.ch

Für die H+I-AUSLESE nehmen in den einzelnen Regionen gerne Meldungen entgegen:

Schwyz–Brunnen–Steinen–
Gersau–Arth–Goldau:
Roman Weber
Tel. 041 818 80 92
info@h-i-sz.ch

Küssnacht:
Josef Stübi
Tel. 041 854 04 00
josef.stuebi@baer.ch

March, Höfe, Einsiedeln:
Georges Kaufmann
Tel. 055 410 11 69
georg.kaufmann@winterthur.ch

Die Abkürzungen bzw. Quellenangaben vor den einzelnen Artikeln «SZ» und «CH» bedeuten:

Zeitungen:

ABl = Amtsblatt Kt. Schwyz
BdU = Bote der Urschweiz
Cas = Cash
EiA = Einsiedler Anzeiger
Fac = Facts
FrS = Freier Schweizer
GeB = Schwyzer Gewerbe-Blatt
HöV = Höfner Volksblatt
MaA = March-Anzeiger
MHZ = March Höfe Zeitung
NLZ = Neue Luzerner Zeitung
NSZ = Neue Schwyzer Zeitung
NZZ = Neue Zürcher Zeitung
RiP = Rigi Post
SHZ = Schweiz. Handelszeitung

Institutionen:

H+I = Meldung des H+I Schwyz
SKB = Schwyzer Kantonalbank
StK = Staatskanzlei des Kantons Schwyz



Josef Stübi
BAER AG

Liebe Leserinnen und Leser

Das Thema «Interne Kontrolle» wird zurzeit intensiv diskutiert. Folgeschwere Unternehmenskrisen und -zusammenbrüche haben vielen bewusst gemacht, dass Handlungsbedarf bei der Überwachung der Unternehmen besteht. Vor allem die Amerikaner haben mit der Einführung des «Sarbanes Oxley Acts» eine Vorreiterrolle übernommen. Diese regulatorische Entwicklung führte weltweit zu einem erhöhten Stellenwert der internen Kontrolle.

Auch der Schweizer Gesetzgeber ist nicht untätig geblieben und hat im neuen Artikel 728a OR festgelegt, dass die Revisionsstelle zukünftig die Existenz eines internen Kontrollsystems zu bestätigen habe. Auch muss im Anhang zur Jahresrechnung ersichtlich werden, wie eine Risikobeurteilung durchgeführt wurde. Diese Gesetzesvorgabe gilt für alle mittleren und grösseren Unternehmen der Schweiz, welche einer ordentlichen Revision unterliegen (Bilanzsumme > 10 Mio. Franken, Umsatz > 20 Mio. Franken, Vollzeitstellen > 50; zwei dieser Grössen müssen erreicht sein).

Als ich letztes Jahr konkret damit konfrontiert wurde, dachte ich spontan, wir machen ja bereits viele Kontrollen. Also, schon wieder so eine Schikane, die nichts bringt, ausser viel Arbeit und den Revisionsstellen zusätzliches Honorar.

Da nach wie vor eine gewisse Unsicherheit darüber besteht, wie eine effektive interne Kontrolle zu gestalten ist, habe ich begonnen, mich intensiv damit aus-

einanderzusetzen. Viele Elemente der internen Kontrolle sind bei den meisten Firmen vorhanden, aber es hapert grösstenteils bei der systematischen Dokumentation. Aber erst eine richtige Dokumentation macht die Existenz eines «Internen Kontrollsystems (IKS)» überprüfbar und die Kontrollabläufe nachvollziehbar. Ich bin zur Überzeugung gelangt, dass die Anpassung der internen Kontrolle mit systematischer Risikobeurteilung nicht als regulatorisches Übel zu betrachten ist, sondern als Chance zum Aufbau oder der Weiterentwicklung eines wirkungsvollen Führungs- und Kontrollsystems.

Ich glaube auch, dass es für Klein- und Einzelfirmen ebenfalls von Vorteil sein könnte, gewisse standardisierte Kontrollen zu dokumentieren, obwohl dies von einer Revisionsstelle nicht explizit überprüft wird.

Befassen Sie sich deshalb rechtzeitig damit, da die erstmalige Umsetzung mit einem gewissen Aufwand verbunden ist. Entwickeln Sie Schritt für Schritt ein «Internes Kontrollsystem», das zu Ihrer Unternehmensgrösse und -kultur passt. Dann bin ich der Überzeugung, dass es sich auszahlen wird und Sie eine wirksamere und effizientere Geschäftsführung auf allen Stufen erreichen werden.

Mit freundlichen Grüssen

Josef Stübi
BAER AG

Inhaltsverzeichnis

H+I

Wirtschaftswochen 2006 4-5

SZ

Wirtschaftsmeldungen 6-8

Aktuell

Die Einheitskrankenkasse ist schlecht für die Wirtschaft..... 9

Arbeitsfriede:

Unentbehrlich und zerbrechlich 10

Öffentliche Finanzen:

Vergleiche sind möglich 11

Cassis de Dijon: Diskriminierung

für Schweizer Unternehmen..... 11

Index

..... 13

Themen CH

Unhaltbarer Angriff auf die Schweizer Steuersouveränität..... 14

Kommentar zum Zeitgeschehen

Mit Kreativität und Investitionen in die Zukunft 15

Veranstaltungshinweis 16

Wirtschaftswochen 2006

Die von der Ernst-Schmidheiny-Stiftung ins Leben gerufenen und unter dem Patronat des Handels- und Industrievereins des Kantons Schwyz im Kanton Schwyz durchgeführten Wirtschaftswochen waren auch im Jahre 2006 ein grosser Erfolg. So nahmen doch in der Stiftschule Einsiedeln, im Theresianum Ingenbohl sowie in den Kantonschulen Schwyz und Pfäffikon-Nuolen gegen 250 Schüler an diesen Wochen teil. Das Echo war überall sehr positiv. Dank der grosszügigen Unterstützung des Handels- und Industrievereins sowie der Schwyzer Kantonalbank und diversen Sponsoren können diese Wochen finanziert werden. Dafür möchten wir allen Beteiligten unseren herzlichsten Dank aussprechen. Mit grossem Elan gehen wir an die Planung der Wirtschaftswochen 2007 und freuen uns auf Ihre weitere grosszügige Unterstützung. Stellvertretend für die Teilnehmer dieser Wirtschaftswochen geben wir Ihnen einen Bericht weiter, der von der Teilnehmerin Barbara Wirth zuhänden des TheriMagazins verfasst wurde. Barbara Wirth hat uns die Erlaubnis gegeben, ihren Bericht in unserer Auslese publizieren zu dürfen. Wir danken ihr für diesen Aufsatz und wünschen viel Freude beim Lesen.

Wirtschaftswoche aus der Sicht der Striped AG

Der Handels- und Industrieverein des Kantons Schwyz führt in Mittelschulen seit Jahren Wirtschaftswochen durch. Sie sollen bei den Jugendlichen das Verständnis für wirtschaftliche Zusammenhänge fördern. Auch im Theri finden die Wirtschaftswochen jährlich statt.

Am Montagmorgen der letzten Schulwoche vor den Sommerferien sassen drei aufgeregt schwatzende Klassen im Versammlungsraum und warteten auf die Eröffnung der Wirtschaftswoche.

Die Dozenten mehrerer schwyzerischer Unternehmen wurden den Klassen vorgestellt, danach ging es in die Schulzimmer. Da sassen nun 20 neugierige Schülerinnen. Nach einer Vorstellungsrunde wurde uns der genaue Ablauf der Woche bekannt gegeben und erklärt, wie das Simulationsspiel funktioniert. Die Klasse wurde in vier Unternehmen geteilt, jede Unternehmung musste sich auf ein Produkt festlegen, das produziert wird. Dabei waren alle sehr kreativ und es kamen so einige interessante Dinge zusammen, wie

ein Botox-Set, ein sich an die Kleidung anpassender Lippenstift oder ein selbst korrigierender Kugelschreiber. Wir von der Striped AG einigten uns auf ein Glas, das das Getränk selbst kühlt oder wärmt.

Dann mussten sich die Unternehmungen mit Hilfe eines Organigramms organisieren und einen Standort festlegen, wo sie produzieren wollen und wo sie den Firmensitz haben. Wir entschieden uns für Cham ZG. Was auch noch sehr wichtig war, war der Name der Firma und der des Produktes. Unsere Firma heisst Striped AG mit dem Produkt Zebro. Unsere Konkurrenz sind Multi Mag AG mit Kaldocup, UC AG mit UC und COHO Glass AG mit Mosquito. Am Nachmittag ging es dann noch um die Umweltsphäre und die erste Geschäftsentscheidung für das 11. Geschäftsjahr musste gefällt werden. Wir schauen optimistisch in unsere Zukunft.

Loyale Aktionäre

Als wir am Dienstag ins Schulzimmer kamen, hingen die ersten beiden Ergebnisse des 11. Geschäftsjahres schon am schwarzen

Brett. Nachdem wir gestern noch voller Zuversicht waren, sieht es heute nicht mehr ganz so gut aus. Wir haben an Marktanteilen verloren, doch die Aktionäre glauben (noch?) an uns. Die vier Unternehmen wurden miteinander verglichen. Die Firma UC AG hat sich die beste Position auf dem Markt erkämpft. Wir hatten das schlechteste 11. Jahr erreicht. Danach bekamen die Unternehmungen eine detaillierte Ergebnisliste, da gewisse Daten dem Geschäftsgeheimnis unterliegen. Beim Studieren dieser Unterlagen hob sich unsere Stimmung wieder. Wir hatten zwar ein fast volles Lager, aber trotzdem konnten wir unseren Reingewinn fast verdreifachen.

Die Unternehmungspolitik und die Unternehmungsziele wurden festgehalten, sie wurden für die Generalversammlung vom Freitag gebraucht. Ausserdem beschäftigten wir uns noch mit der Buchhaltung, die gar nicht so einfach war. Als das alles erledigt war, erstellten alle Firmen ihr eigenes Logo und fällten die Entscheide für das 12. Geschäftsjahr, das hoffentlich für uns besser ausfällt.

Analyse der Personalpolitik

Die Ergebnisse des 12. Geschäftsjahres am Mittwoch sahen irgendwie nicht besser aus, sondern schlechter. Wir hatten nur noch wenig Reingewinn, da die Kosten stark gestiegen waren, aber der Absatz unserer Produkte gesunken ist. Ob es wohl am hohen Verkaufspreis lag oder an der mangelnden Qualität? Eine Firma, deren Namen nicht genannt werden will, hat sich sehr verrechnet und hat nun hohe Schulden. Nach der Auswertung befassten wir uns mit der Personalpolitik, in der wir zum ersten Mal merkten, wie viele verschiedene Berufe wir eigentlich in unserer Firma haben. Ausserdem spielten drei Personen ein Bewerbungsgespräch vor, das die anderen dann analysieren mussten.

Danach konnte individuell in der Gruppe gearbeitet werden. Wir teilten uns auf, zwei bereiteten die Generalversammlung vor und die anderen drei die Werbung. Wir waren so in die Arbeit vertieft, dass wir fast das Mittagessen verpasst hätten. Am Nachmittag hatten wir

dann nochmals Zeit, um an diesen beiden Dingen zu arbeiten. Ausserdem mussten wir noch den 13. Geschäftsentscheid festlegen. Wir entschlossen uns nun doch, Maschinen zu verkaufen und Personal zu entlassen, auch wenn das für unser Image nicht gerade förderlich ist.

Diskussion mit Bankfachleuten

Am Donnerstagmorgen trafen sich alle Klassen im Versammlungsraum, um einen Film über die Zürcher Börse zu schauen und anschliessend mit Bankvertretern zu diskutieren. Danach gingen wir zurück in unser Zimmer und dort bekamen wir das Ergebnis des letzten Geschäftsjahres. Leider gab es auch dieses Jahr nichts Erfolgreiches über uns zu berichten und so machten wir uns an den 14. und letzten Geschäftsentscheid, bei dem wir nun auch ins Ausland expandieren durften. Diese Möglichkeit nutzten wir natürlich sofort und investierten kräftig. Da wir nach dem Entscheid noch Zeit hatten, entschlossen wir uns, an der Generalversammlung weiterzuarbeiten. Am Nachmittag

bekamen wir dann noch unser letztes Ergebnis, das für uns einfach super herausgekommen war. Wir konnten uns im Inland ja nie wirklich durchsetzen, aber im Ausland sah es ganz anders aus. Da eine Konkurrenzunternehmung nicht ins Ausland gegangen ist, hatten wir über 50% des Marktanteils. Um 15.30 Uhr präsentierten dann alle Unternehmungen ihre lustige und kreative Werbung.

Am Freitagmorgen hatten wir dann noch einmal kurz Zeit, um unsere Generalversammlungen vorzubereiten. Alle Gruppen hatten sehr professionelle Power-Point-Präsentationen für ihre Unternehmungen erstellt und beantworteten die heiklen Fragen der Aktionäre gekonnt.

Barbara Wirth, 3. FMS B



Die Firma Sunimo, ein T-Shirt-Produzent, während der Generalversammlung.

Anzahl der Beschäftigten nimmt zu

Im Kanton Schwyz sind zwischen 2001 und 2005 netto 2520 neue Beschäftigte hinzugekommen, womit Ende 2005 ein Gesamttotal von 54 310 Beschäftigten resultierte. Die anhaltend gute Konjunktur hat dazu beigetragen, dass der Kanton auch im nationalen Vergleich überdurchschnittlich gut abschneidet. Die Tendenz dürfte auch 2006 angehalten haben, doch liegen diesbezüglich noch keine abschliessenden Zahlen vor. Als eigentliche Wachstumsregionen gelten die Bezirke Höfe und Küsnacht mit einem Plus von 12 resp. 13 Prozent. In absoluten Zahlen liegt allerdings der Bezirk Höfe mit 1495 Mehrbeschäftigten im genannten Zeitraum deutlich vor Küsnacht (+ 380). Einzig im kleinsten Bezirk, in Gersau, nahm die Zahl der Beschäftigten ab (-54 auf 479). In Schwyz und Einsiedeln blieb sie stabil, die March verzeichnete ein Wachstum von 3,5 Prozent.

Kantonalbank auf Erfolgskurs

Die Schwyzer Kantonalbank ist in praktisch allen Bereichen auf Erfolgskurs. Der Bruttogewinn konnte um 5,2 Prozent auf 129,3 Mio. Franken gesteigert werden, der Reingewinn stieg um markante 21,5 Prozent auf 59,2 Mio. Franken, die Bilanzsumme hat 10,16 Mrd. Franken erreicht (+ 7,5 Prozent). An den Kanton kann die Rekordsumme von 28 Mio. Franken abgeliefert werden. Die Kundenausleihungen nahmen um 191 Mio. auf 8,6 Mrd. Franken zu. Mit knapp 7,7 Mrd. Franken dominieren die Hypothekarforderungen (+ 2,7 Prozent). Die Eigenmittel stiegen auf satte 943 Mio. Franken. Der «Vertrauensbonus» der SZKB liegt bei einem Rating von AA+. «Mit zum guten Geschäftsjahr beigetragen hat das fulminante Börsenjahr 2006», wie Direktionspräsident Gottfried Weber anlässlich der Bilanzmedienkonferenz bekanntgab. Für 2007 rechnet Weber mit einem leichten Nachlassen der Konjunkturdynamik. Das Wachstum des Bruttoinlandsproduktes wird auf 2,0 Prozent veranschlagt (+2,2 Prozent für den Kanton Schwyz). Die Erwartungen sind weiterhin unter «positiven Vorzeichen».

Zug und Zürich planen Hirzeltunnel

Die Kantone Zug und Zürich empfehlen in einem Positionspapier den Bau eines Strassentunnels durch den Hirzel. Das hätte auch Auswirkungen auf den Kanton Schwyz. Die beiden dynamischsten Regionen Küsnacht und Höfe/March kämen sich dadurch näher. Bisher musste, wer zwischen diesen beiden Gegenden verkehrte, entweder den Stau beim Autobahnende in Walterswil (bei Sihlbrugg) und die anschliessende Passfahrt über den Hirzel in Kauf nehmen oder dann blieb ihm/ihr die kantonsinterne Fahrt über Arth-Sattel-Schindellegi. Allerdings ist noch unklar, wie sich ein

Hirzeltunnel, der 275 Mio. Franken kosten würde, auf den innerkantonalen Verkehr auswirken würde. Der Schwyzer Baudirektor Lorenz Bösch kann sich vorstellen, dass sich dadurch «eine gewisse Entlastung der H8 einstellen könnte». Er gibt allerdings zu bedenken, dass der H8-Verkehr (Schwyz-Pfäffikon) zu einem grossen Teil hausgemacht sei. Möglicherweise werde der zu erwartende Mehrverkehr bei Rotkreuz über Luzern auf die Gotthardautobahn abgeleitet.

Landesbank übernimmt Bank Linth

Die Liechtensteinische Landesbank (LLB) hat auf ihr Übernahmeangebot Offerten für 60 Prozent der Aktien der Bank Linth erhalten. Sie gibt sich damit zufrieden und wird nicht mehr auf einen höheren Anteil drängen. Die LLB erklärte damit das Übernahmeangebot als zustande gekommen und verzichtet auf ihre zuerst gestellte Bedingung, dass mindestens zwei Drittel des Aktienkapitals angedient werden müssen. Dass nun auf Anhieb die Marke von 60 Prozent erreicht worden ist, wertet sie als Vertrauensbeweis. Die Leitung der Bank Linth zeigte sich ebenfalls erfreut, dass das LLB-Angebot zustande gekommen ist. An der bevorstehenden Aktionärsversammlung vom 19. April sollen bereits drei Vertreter der LLB in den Linth-Verwaltungsrat gewählt werden. Die Bank Linth ist die grösste Regionalbank der Ostschweiz und führt auch in Lachen, Siebnen und Pfäffikon Niederlassungen.

K+N übernimmt Möbellieferung

Die nordwesteuropäische Gruppe des Logistik-Konzerns Kühne + Nagel hat neu mit der grössten britischen Möbelgruppe «House of Frazer» einen Vertrag abgeschlossen. Damit übernimmt K+N die rund 30 000 Frazer-Hauslieferungen in Grossbritannien und Irland. K+N kann diese Aufgabe in das bestehende Verteilsystem integrieren.

92 Prozent kennen Swiss Army Knife

60 Jahre, nachdem amerikanische Soldaten das «Swiss Army Officers Knife» als Souvenir über den Atlantik gebracht hatten, ist Victorinox zu einer weltweit grossen Marke geworden. In den USA rangiert «Swiss Army Knife» in der gleichen Kategorie wie IBM oder Marlboro. Die Ergebnisse einer aktuellen Marktforschung haben gezeigt, dass 92 Prozent der US-Amerikaner das Label «Swiss Army Knife» kennen. Von ungefähr kommt dieser Platz nicht: Die Victorinox-Gruppe pflegt mit ihren Produkten in den Bereichen Taschenmesser und Taschenwerkzeuge, Bekleidung, Uhren, Reisegepäck und neuestens auch Parfüms eine ethisch ausgerichtete Produktpolitik und umorgt ihre Marken bis ins Detail. Der Gruppen-Umsatz erreicht rund 500 Mio. Franken pro Jahr.

Sihlsee-Staudamm wird ausgebaut

Die Etzelwerk AG, Einsiedeln/Altendorf, muss den Hüenermattstaudamm des Sihlsees sanieren. Dieses Projekt ist bereits vor sechs Jahren angekündigt worden. Jetzt liegen nach einer Expertise über die Sicherheit dieses Naturdammes drei Projektvarianten vor, wie der «Einsiedler Anzeiger» berichtete. Bei allen drei Varianten muss der bisher 12,6 Meter hohe Lehmkern des Dammes weiter erhöht werden. Er dichtet den Damm ab und ist mit dem Untergrund verzahnt. Die zweite Variante sieht zusätzlich den Bau eines Trottoirs und einer Langlaufspur vor und die dritte Variante sogar eine Fahrbahnverbreiterung. Erforderlich ist bei diesen weitergehenden Lösungen ein gemeinsames Projekt des Etzelwerks mit dem Bezirk Einsiedeln. Die Kosten schwanken je nach Ausführung erheblich, zwischen 200 000 Franken und zwei Mio. Franken.

Erfolgreiches Jahr für Raiffeisenbanken

Die acht Raiffeisenbanken im Kanton Schwyz weisen ein erfolgreiches 2006 aus. Das Depotvolumen stieg um 23 Prozent auf 750 Mio. Franken, der Bruttogewinn konnte gegenüber der Vorjahresperiode um über zehn Prozent auf 16,5 Mio. Franken gesteigert werden. Die acht Bankinstitute des Schwyzer Verbandes verzeichneten einen Mitgliederzuwachs von 1350 Personen oder fast fünf Prozent. Der Hypothekbestand wuchs um über sechs Prozent auf 1,6 Mrd. Franken. Der klassische Sparbereich erfuhr eine Steigerung von vier Mio. Franken, die Kassenobligationen legten um 37 Mio. Franken zu. Hauptpfeiler des Betriebsertrages ist mit über 30 Mio. Franken nach wie vor das Zinsengeschäft.

Raiffeisen-Fusion zeigt erste Früchte

Der Zusammenlegung der beiden Raiffeisenbanken Küssnacht und Goldau vor einem Jahr hat sich gelohnt. Die Bilanzsumme ist um 1,8 Prozent auf neu 333,5 Mio. Franken gestiegen. Dies entspricht einer Steigerung von sechs Mio. Franken. Dank guter Entwicklung im Hypothekengeschäft sind auch die Ausleihungen deutlich angewachsen. Ebenso wie die Bilanz sieht die Erfolgsrechnung sehr gut aus. Der Bruttogewinn stieg um 18,6 Prozent auf 2,27 Mio. Franken an. Es wird ein Reingewinn von 440 000 Franken ausgewiesen. Auch die Basis ist gewachsen: 2006 sind 479 Personen neu Genossenschaftsmitglied geworden. Damit erreicht die Raiffeisenbank am Rigi nun einen Bestand von 5769 Miteigentümern. Das bedeutet, dass fast jeder fünfte Einwohner im Geschäftskreis (Bezirk Küssnacht, Gemeinden Arth, Lauerz, Steinerberg, Weggis, Greppen) Mitglied ist. Geschäftsstellen werden in Goldau, Immensee und Küssnacht geführt. Die erste gemeinsame Generalversammlung der fusionierten Bank findet am 16. März in Goldau statt.

988 konnten ihre Prämien nicht mehr bezahlen

Im letzten Jahr wurden im Kanton Schwyz 988 Verlustscheine für ausstehende Krankenkassenprämien ausgestellt, das heisst, dass in 988 Fällen die Krankenkassenprämien nicht mehr bezahlt worden sind. In diesen Fällen werden aus der Prämienverbilligung die Prämien direkt an die Krankenkassen überwiesen, sodass die Betroffenen trotzdem grundversichert sind. In den fast 1000 Fällen des Jahres 2006 wurden dafür 1,026 Mio. Franken aufgewendet. Bei der Ausgleichskasse Schwyz wird seit 2001 Statistik geführt. Damals wurden 400 Fälle gezählt, womit sich ihre Zahl in den letzten fünf Jahren mehr als verdoppelt hat.

Kanton Zentralschweiz ist kein Thema

Im Gegensatz zu sporadisch auftretenden Stimmen aus dem Raum Luzern ist ein Kanton Zentralschweiz für Schwyz derzeit kein Thema. Die Region sei kein homogener Raum, sagt der Schwyzer Baudirektor Lorenz Bösch, Präsident der Zentralschweizer Regierungskonferenz (ZRK). Tatsache sei, dass man immer und teils massiv um die Zusammenarbeit gerungen habe. Es gebe innere Differenzen zwischen dem Zentrum Luzern und den kleineren Zentren. Zudem seien auch äussere Kräfte aktiv: der Sog der boomenden Wirtschaftsräume Zürich und Zug auf die Region Ausserschwyz, das durch die Porata alpina mögliche Zusammenrücken der Gotthardkantone, die engere Bindung zwischen Luzern und Aargau. Schwyz selber habe immer eine doppelte Ausrichtung gehabt. Bösch nahm damit Stellung zu Vorwürfen aus Luzern. Der grösste Innerschweizer Kanton hatte Probleme geortet in Zusammenhang mit der fehlenden S-Bahn Zentralschweiz, das nicht realisierbare Kinderspital Luzern und keinem gemeinsamen Unterhalt der Nationalstrasse. Luzern postulierte in der Folge trotz einer stärkeren Zusammenarbeit mit dem Aargau.

Mietzinse auf Berg- und Talfahrt

Letztes Jahr sind die durchschnittlichen Mietzinsen im Bezirk Schwyz auf breiter Front angestiegen. Sie sind – je nach Wohnungsgrösse – zwischen 40 und 84 Prozent höher als vor zwanzig Jahren. Die höchsten Mieten wurden Mitte der 90er-Jahre verlangt. Danach setzte ein kontinuierlicher Rückgang ein, der sich erst ab der Jahrtausendwende stabilisierte. Seit etwa drei Jahren ist ein eindeutiger Teuerungsschub zu beobachten. Das zeigt die Mietzinsstatistik, welche jährlich von der in der Immobilienwirtschaft tätigen Svito AG erarbeitet wird. Erfasst werden dabei alle in den Lokalzeitungen ausgeschrieben Wohnungen im Bezirk Schwyz. Die Berg- und Talfahrt im Zeitraum der überblickten 21 Jahre begründet die Svito AG mit den preistreibenden Hypothekarzinsrunden in

den frühen 90er-Jahren. Dann folgte eine Rezession, was sich preissenkend auswirkte. Nach einer Konsolidierungsphase sind die Mietzinsen infolge Senkung des Hypothekarzinsatzes auf ein historisches Tief von drei Prozent erneut ins Rutschen geraten. Dass trotz unveränderter Zinsbasis die Mieten letztes Jahr auf breiter Front wieder anzogen, führt die Svito AG auf die bessere Wirtschaftslage zurück.

Höfe mit den meisten Steuerabkommen

41 Personen wurden im vergangenen Jahr pauschal besteuert. Für 27 Unternehmungen gab es Steuererleichterungen. Das geht aus einer Antwort des Regierungsrates an den SP-Kantonsrat Andreas Marty (SP Goldau) hervor. Ein Grossteil der 41 Pauschalbeteuerten ist in den Höfner Gemeinden zuhause. Auch die Hälfte der Unternehmen mit Steuererleichterung sind im Bezirk Höfe domiliziert. Für die kantonalen Steuern entscheidet der Regierungsrat., ob er eine Pauschalbesteuerung zulässt. Für die direkte Bundessteuer liegt die Kompetenz bei der Steuerverwaltung. Die Regierung befristet die Pauschalbesteuerung kantonal in der Regel auf drei bis fünf Jahre. Nach Ablauf dieser Frist können die Bemessungsgrundlagen überprüft und neu festgelegt werden.

Jedem sein Stück Klosterplatz

Um die dringend notwendige Sanierung des grossen Klostervorplatzes finanzieren zu können, ist man in Einsiedeln auf eine originelle Idee gekommen. Auf www.klosterplatz.com kann jedermann einen Bereich auf dem virtuellen Klosterplatz anklicken und sich für 100, 400 oder 800 Franken 0,75 Quadratmeter sichern. Bezahlen kann man online mit der Kreditkarte oder per Rechnung. Für grössere Portemonnaies besteht die Möglichkeit einen der zwölf Arkadenbogen samt Statue zu retten: Kostenpunkt: 50 000 Franken. Hinter diesem Sponsoring steht die Vereinigung «Freunde des Klosters Einsiedeln». Mit der Aktion sollen in den nächsten drei bis vier Jahren rund acht Mio. Franken gesammelt werden. Mit dem Geld wird der Klostervorplatz und der Abteihof erneuert.

Schneerausfall wird entschädigt

Das diesjährige Winterhalbjahr ist für die Saisonbetriebe das schlechteste seit 1989/90. Der fehlende Schnee trifft nicht nur die Wintersportunternehmen, sondern auch deren angestellte. Doch Personen mit befristeten Arbeitsverhältnissen und Arbeitnehmer auf Abruf dürfen hoffen, von der Arbeitslosenkasse wenigstens teilweise entschädigt zu werden – dies gerade deshalb, weil der Winter so miserabel ausfällt. Die Arbeitslosenkasse zahlt nämlich bei «wetterbedingten Kundenausfällen» 80 Prozent des Lohnes.

Voraussetzung ist, dass der betroffene Betrieb die Ausfälle möglichst frühzeitig angemeldet hat, denn Gesuche können nicht rückwirkend bewilligt werden. Ausserdem muss der Ausfall in einen Zeitraum fallen, in dem der Betrieb in drei der letzten fünf Vorjahre geöffnet war. Eine Umfrage des «Bote der U5schweiz» ergab, dass die Wintersportgebiete Einbussen von über 50 Prozent hinnehmen müssen.

Sparkasse Schwyz mit 2,4 Mio. Gewinn

Die Sparkasse Schwyz AG (sks) kann erneut einen erfolgreichen Jahresabschluss präsentieren. Rainer K. Zörner, Vorsitzender der Geschäftsleitung, führt dies vor allem auf den Erfolg im dominanten Zinsengeschäft zurück, das auf 15,8 Mio. Franken Ertrag gesteigert werden konnte. Die gute Börsenentwicklung wirkte sich auch auf das Dienstleistungs- und Kommissionsgeschäft aus. Die Depotwerte sind bei der sks auf 1535 Mio. Franken gestiegen. Dies ist mehr als die Bank ihre eigene Bilanzsumme (1161 Mio. Fr.) ausweist. Und auch diese ist 2006 um kräftige 8,6 Prozent gestiegen. Der Eigenmitteldeckungsgrad liegt bei 167 Prozent, ein guter Mittelwert unter den Regionalbanken. Der Personalbestand ist um 8 auf 54 Einheiten erhöht worden. Damit stieg der Geschäftsaufwand um 15,2 Prozent. Die Bank erzielte einen Reingewinn von 2,4 Mio. Franken. Davon müssen noch 772 000 Franken für Wertberichtigungen und als Rückstellung in die Reserve gelegt werden, 29 Prozent weniger als im Vorjahr. Der sks-Aktionärsversammlung kann damit eine Dividende von 15 Prozent beantragt werden. Entscheiden darüber werden die Aktionäre an der GV, die am Freitag, 25. Mai.

Steuern: FDP will den Wettbewerb

Die Konferenz der Kantonalen Finanzdirektoren sprach sich Anfang Februar dafür aus, dass der Bund den Steuerwettbewerb zwischen den Kantonen gesetzlich einschränken soll. Die FDP-Kantonsräte Meinrad Bisig und Werner Kälin reichten gegen dieses ansinnen bei der Kantonsratsitzung vom 14. Februar eine Interpellation ein. Darin zeigen sie kein Verständnis für die geforderte Einschränkung des Steuerwettbewerbs. Die FDP-Fraktion begründet ihre Position mit der erforderlichen Gewaltentrennung. Es könne nicht sein, dass eine kantonale Exekutive den Bund auffordert, die eigene kantonale Legislative entsprechend einzuschränken. Die Interpellanten sehen in dieser gewünschten Eingrenzung eine Bevormundung der Kantone durch den Bund, wie auch eine Untergrabung der kantonalen Steuerhoheit. Die FDP-Fraktion möchte nun wissen, wie Georg Hess als Vorsteher des Finanzdepartements und die gesamte Schwyzer Regierung tatsächlich zum besagten Vorgehen der Finanzdirektoren-Konferenz stehen.

Die Einheitskrankenkasse ist schlecht für die Wirtschaft!

Von der Einheitskrankenkasse wären insbesondere die Wirtschaft und das Gewerbe stark betroffen. Sie bringt neue und ständig steigende Steuern und stellt auch den Gesundheitsstandort Schweiz in Frage.

Am 11. März 2007 wird das Volk über die Initiative für eine Einheitskrankenkasse abstimmen. Der Abstimmungskampf läuft bereits seit einiger Zeit auf Hochtouren, und es kursieren die verschiedensten Argumente dafür und dagegen. Dass diese aus linksgrünen Kreisen stammende Initiative nicht einmal von allen Gewerkschaften unterstützt wird, und sich sogar im Lager der SP kritische Stimmen zu Wort melden, ist nichts Neues. Ebenso, dass die Finanzierung ein einziges Fragezeichen ist! Ein Vorschlag war beispielsweise die Erhöhung der Mehrwertsteuer auf 15%; aus der Westschweiz kam dann die Idee, die Prämienverbilligung zu verdoppeln, obwohl man eigentlich von diesem System ursprünglich wegkommen wollte, andere haben unterschiedliche Vorstellungen über die Besteuerung des Einkommens, wiederum andere sprechen von einer neuen Steuer auf Bundesebene. Sieht man von diesen verwirrenden Vorschlägen ab und betrachtet einmal konkret die Auswirkungen, welche die Einrichtung einer Einheitskrankenkasse auf unsere Wirtschaftswelt und das Gewerbe hätte, zeigen sich namentlich folgende Probleme.

Der Mittelstand bezahlt

Besonders besorgniserregend ist, dass für die Finanzierung eine neue eidgenössische Vermögenssteuer in Frage kommt, denn diese würde vor allem die Selbstständigerwerbenden und die Personengesellschaften stark belasten. Warum?

Die Gewerbetreibenden haben oft ihr ganzes Vermögen oder den grössten Teil davon in ihre Firmen investiert, arbeiten damit und schaffen Arbeitsplätze. Müssten sie nun dieses investierte Geld zusätzlich noch versteuern, würde so die wirtschaftliche Substanz der Gewerbetreibenden in unverantwortbarer Weise angegriffen. (Aus diesem Grund wurde bereits 1959 die damalige Bundesvermögenssteuer abgeschafft.)

Der freie Markt und der heute bestehende – zwar nicht ganz reine – Wettbewerb in unserem Gesundheitssystem bedeuten auch eine Chance. Die Gesundheitskosten in unserem Land sind so hoch, weil wir ein äusserst leistungsstarkes Gesundheitssystem haben, sowohl hinsichtlich der Qualität, als auch in sozialer Hinsicht. Mit medizinischen Fortschritten und immer mehr finanziellen Mitteln sorgen wir dafür, möglichst lange und immer länger gesund leben zu können. Das kostet zwar viel Geld, bedeutet aber auch, dass die Gesundheitsbranche ein wichtiger Wirtschaftszweig – mit heute immerhin mehr als 500 000 Beschäftigten – ist. Hinzu kommt, dass sich neben der klassischen Medizin, die die Grundversicherung abdeckt, ein neuer Markt entwickelt. Mit neuartigen Produkten und Dienstleistungen aus den Bereichen Wellness, Wohlbefinden, Bio und Functional Food will er die Prävention und die Erhaltung der Gesundheit fördern. Die Zahlen zeigen es: Immer mehr Menschen leisten sich diese Art von «Medizin» zusätzlich – weil

sie gut tut. Für solche unternehmerisch innovative Entwicklungen würde ein staatliches System keine Anreize schaffen. Benutzen wir sie doch auch als Möglichkeit, uns international als «Land der Gesundheit» zu positionieren.

Aus den Fehlern der andern lernen

Es ist auch erstaunlich, wie sich die Illusionen über staatliche Betriebe und Verstaatlichungen in den Köpfen halten, dies nach all den Misserfolgen in den verschiedenen Bereichen, so auch in der Gesundheit. Bei uns verdeutlicht dies die SUVA: Das Teilmonopol verhindert nicht, dass die Prämien seit Jahren stetig steigen und die Unternehmen stark belasten. Schaut man über unsere Grenzen und verschliesst nicht die Augen vor der Realität, sehen wir verschiedene weitere negative Beispiele. Überall dort, wo staatliche Systeme bestehen, wie beispielsweise in Frankreich, Italien oder England, bestehen riesige Defizite und problematische Zustände; dort beginnen sie, sich für unser System zu interessieren ... Anstatt die Fehler der Nachbarn zu wiederholen, sollte die Schweiz auf die Wachstumsbranche «Gesundheit» setzen und das bestehende System verbessern!

Es ist deshalb ein klares NEIN in die Urne zu legen. Ein NEIN zu neuen und steigenden Steuern, und ein NEIN zu einer weiteren Belastung unserer Wirtschaft.

Centre Patronal

Arbeitsfriede: Unentbehrlich und zerbrechlich

Der Arbeitsfriede, seit 70 Jahren in Gesetz und vielen Gesamtarbeitsverträgen verankert, ist ein wertvoller Trumpf im Wachstumswettbewerb der Schweiz. Ein Friede, den es strikt einzuhalten gilt, um so mehr als er zerbrechlich ist

In den letzten Tagen griff die Presse den Streik bei Swissmetal in Reconvilier wieder auf, der vor zwölf Monaten die Spalten füllte. Man könnte allerdings auch die siebzig Jahre Arbeitsfrieden in der Schweiz zur Sprache bringen.

Der Begriff erschien erstmals 1937 im als «Friedensabkommen» bekannt gewordenen Gesamtarbeitsvertrag der Metallindustrie. Die Parteien einigten sich auf die Einrichtung eines Schiedsverfahrens und vereinbarten, auf jegliche Gewalt zu verzichten. Das Gebot des Arbeitsfriedens und das Verbot von Kampfmassnahmen fanden schliesslich auch Eingang ins Obligationenrecht, wo sie bis heute verankert sind. Das stärkste Instrument für einen echten Frieden bleiben jedoch die einzelnen Gesamtarbeitsverträge, in denen sich jede Partei explizit zum Verzicht auf Kampfmassnahmen, d.h. zum absoluten Arbeitsfrieden, verpflichtet.

Arbeitsfriede bedroht?

Eine Handvoll Konflikte, die sich in den letzten Jahren in Schweizer Unternehmen zutragen, lässt bei einigen Beobachtern die Frage aufkommen, ob dieser Friede bedroht ist.

Die mit den Vorkommnissen vor Ort vertrauten Personen sind sich einig, dass es sich in Reconvilier um einen Ausnahmefall gehandelt hat. Die Meinungsverschiedenheiten betrafen nicht die Arbeitsbedingungen, sondern die Unternehmensstrategie. Die Arbeitnehmer opponierten gegen eine geografisch weit entfernte Geschäftsleitung. Die Gründe für

das gegenseitige Missverständnis waren mannigfaltig. Zieht man die wirtschaftliche Struktur der Schweiz mit ihren hauptsächlich kleinen und mittleren Unternehmen in Betracht, so ist es wenig wahrscheinlich, dass das Beispiel Swissmetal Schule machen wird.

Ausserdem belegt die Schweiz mit weniger als zehn Streiks pro Jahr und nur rund einem verlorenen Tag pro tausend Mitarbeitern und Jahr einen privilegierten Rang. Im europäischen Vergleich liegt sie damit weit unter dem Durchschnitt.

Politik in die Pflicht nehmen

Wenn der Arbeitsfriede auch nicht direkt bedroht ist, so lässt sich doch feststellen, dass er zerbrechlich bleibt. Heute unterstehen 40% der Arbeitnehmer einem Gesamtarbeitsvertrag; in den 1950er-Jahren waren es 50%. Die Hälfte dieser GAV erwähnt den absoluten Arbeitsfrieden nicht explizit. Insbesondere gewisse heutige Verhaltensweisen schaden der Sozialpartnerschaft. Auf Gewerkschaftsseite übertrumpfen sich einige marginale Gruppierungen gegenseitig und propagieren dabei die Verteidigung der Arbeitsbedingungen als Klassenkampf. Auf Arbeitgeberseite tendiert eine mehr und mehr finanzielle Betrachtungsweise bisweilen dazu, die Produktion zu vernachlässigen. Manager, die mehr an kurzfristigem Aktiengewinn als an nachhaltigem Unternehmenswachstum oder an einer guten Partnerschaft interessiert sind, bedrohen den Arbeitsfrieden.

Auch die Politik ist in der Pflicht. Die Verankerung des Streikrechts in der Bundesverfassung – wenn auch mit wichtigen Vorbehalten – setzte ein schlechtes Signal. Hingegen bilden die kantonalen Schlichtungsbehörden ein wichtiges Instrument zur Vermeidung von Kampfmassnahmen respektive zur raschen Beendigung derselben. Sie dürfen allerdings nicht untätig bleiben, sondern müssen ihre Aufgabe aktiv wahrnehmen.

Der Arbeitsfriede, wie wir ihn kennen, drückt Zugehörigkeit der Patrons und ihrer Angestellten zu ein und derselben Gemeinschaft aus mit der Fähigkeit, Meinungsverschiedenheiten auf dem Verhandlungsweg zu erledigen statt mit Konfrontation. Zudem ist er ein wertvoller Trumpf für Wettbewerbsfähigkeit und Prosperität der Schweiz. Er verdient daher, strikt befolgt und sorgfältig gepflegt zu werden.

Centre Patronal

Öffentliche Finanzen: Vergleiche sind möglich

cp. Vergleichen, beobachten, was und wies die andern machen, sich beeinflussen lassen von denjenigen, die erfolgreicher sind. Dieses ständige Streben des Menschen findet sich von der Schulbank bis hin in die politischen Debatten. In Bezug auf die öffentlichen Finanzen wurden so in den letzten Jahren immer wieder die unterschiedlichsten Vergleiche angestellt. Andauernde Schwierigkeiten einiger Körperschaften neben relativ ausgeglichenen Budgets anderer haben dazu geführt, dass man sich nach den Gründen dieser Unterschiede, insbesondere bezüglich der Verwaltungskosten und der Dienstleistungen, gefragt hat. Oft wurden die zum Teil recht summarischen Vergleiche in Frage gestellt mit der Begründung, die Situationen und die verfügbaren Zahlen seien nicht vergleichbar. Ein Einwand, der tatsächlich nicht einfach von der Hand gewiesen werden kann.

In diesem Zusammenhang ist das Ergebnis einer Studie des Hochschulinstituts für öffentliche Verwaltung (IDHEAP) in Lausanne interessant: Die Arbeit liefert die Basis

für zuverlässige und vergleichbare Effizienz-Analysen der öffentlichen Administration. Die Studie wurde aufgrund eines gemeinsamen Auftrags der waadtländischen Wirtschaftsverbände und des Finanzdepartements des Kantons Waadt durchgeführt. Sie hatte einerseits zum Ziel, eine allgemeine Methodik für vergleichende Analyse zu entwickeln, und andererseits den Wert dieser Methode am Beispiel gewährter Sozialhilfeleistungen darzulegen. Es ging nicht darum, die Richtigkeit oder Effizienz der Sozialhilfe an sich zu beurteilen, sondern die sachliche Leistung der mit der Leistungserbringung betrauten Behörden. Ausgewählt wurde die Sozialhilfe, weil es sich dabei erstens um einen Bereich handelt, in dem es anerkanntermassen schwierig ist zu vergleichen, und der ausserdem einen beträchtlichen Budgetposten darstellt.

Die Autoren der Studie haben in verschiedenen Kantonen plausible Informationen gesammelt und dabei feststellen müssen, dass es gar nicht so einfach war, an die gewünschten Daten heranzukommen. Schliesslich

konnten in acht Kantonen die Sozialhilfe leistenden Stellen beurteilt werden, namentlich in Bezug auf Personal und Kosten. Eine ähnliche Analyse wurde in den regionalen waadtländischen Sozialhilfestellen gemacht. Im Vergleich zu den acht untersuchten Kantonen resultierte dabei eine durchschnittliche Effizienz von 70%. Allein für die Waadt wären laut Analyse Einsparungen von 15% möglich, was einer Ersparnis von gut sechs Millionen Franken entspricht.

Es geht dabei nicht in erster Linie darum, mit dem Finger auf schlechte Beispiele zu zeigen. Der hauptsächliche Verdienst der IDHEAP-Studie ist der, dass sie zeigt, dass interkantonale Vergleiche selbst in komplexen Bereichen möglich sind, wenn sie auf einer verlässlichen Methode basieren. Dieses Resultat sollte zu einer gewissen «Vergleichs-Kultur» innerhalb der Verwaltung ermutigen

Damit ist auch veranschaulicht, dass der helvetische Föderalismus mit seiner oft verschrieenen Vielfalt auch zu einem gesunden Wettstreit anregt.

Cassis de Dijon: Diskriminierung für Schweizer Unternehmen

cp. Das Klischee der «Hochpreisinsel Schweiz» wird von Journalisten und Politikern immer wieder gerne bemüht – ohne, dass dabei erwähnt wird, dass es sich bei unserem Land ebenso um eine «Wohlstandsinsel» handelt. Mit dem Ziel der «Belebung des Wettbewerbs im Inland» sowie der «Senkung der Kosten für die Un-

ternehmen und der Konsumentenpreise» schlägt das Eidgenössische Volkswirtschaftsdepartement vor, in der Schweizer Gesetzgebung einseitig das so genannte Cassis-de-Dijon-Prinzip einzuführen.

Das Prinzip geht auf einen Entscheid des Europäischen Gerichtshofes von 1979 zurück. Dieser hielt

fest, dass ein EG-Mitgliedstaat den Import eines Produkts nicht verbieten kann, wenn dieses in einem anderen Gemeinschaftsstaat vorschriftsgemäss in Verkehr gesetzt worden ist. EG-Mitgliedstaaten müssen demnach die nationalen Produktvorschriften ihrer Verbündeten automatisch als gleichwertig anerkennen.

Die Schweiz hat ihrerseits zur Beseitigung technischer Handelshemmnisse bisher zwei Strategien verfolgt: Einerseits durch den autonomen Nachvollzug gewisser EG-Vorschriften, andererseits durch den Abschluss internationaler Verträge über den gegenseitigen Marktzugang, insbesondere im Rahmen bilateraler Verhandlungen. Das Cassis-de-Dijon-Prinzip ergänzte diese zwei Strategien. Ein Produkt, das der EG-Gesetzgebung oder derjenigen eines Mitgliedstaates entspricht, könnte frei in die Schweiz importiert werden, auch wenn es unsere eigenen Vorschriften nicht erfüllte – zum Beispiel im Lebensmittel-, Kosmetik- oder Textilbereich. Einzig aufgrund

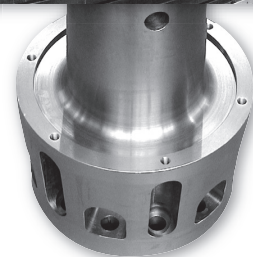
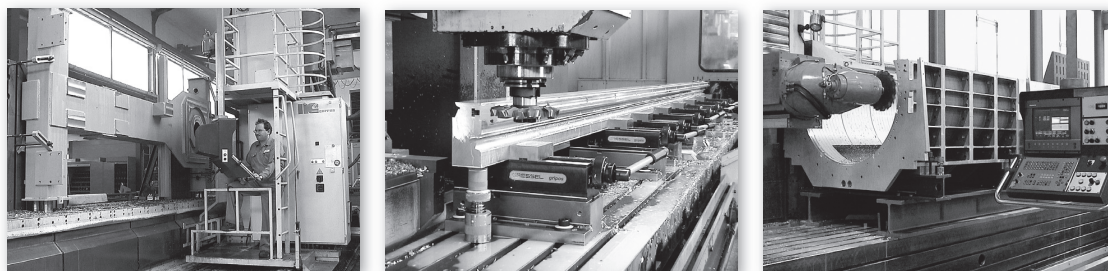
eines übergeordneten öffentlichen Interesses könnten Ausnahmen gemacht werden. Weil die einseitige Einführung des Cassis-de-Dijon-Prinzips durch die Schweiz als Massnahme zur Stärkung des Wettbewerbs präsentiert wurde – und wohl nur deshalb – hat sie in der Wirtschaft ein gewisses positives Echo ausgelöst. Allerdings räumen auch diejenigen Kreise, die den Vorschlag des Bundesrates befürworten, grobe Mängel am Entwurf ein.

Die vom Bundesrat angestrebte Öffnung führte zu einer Diskriminierung der Schweizer Unternehmen, die – wenn sie nicht in die EU exportieren – dennoch die oft restriktiveren Schweizer Vorschriften einhalten

müssten. Die ausländische Konkurrenz auf dem Schweizer Markt hingegen wäre von deren Einhaltung befreit.

Die allenfalls positiven Auswirkungen einer solchen Marktöffnung auf die Schweizer Wirtschaft bleiben unklar. Verschiedene preisgestaltende Faktoren wären von einer Anwendung des Cassis-de-Dijon-Prinzips nicht betroffen. In gewissen Bereichen ist zweifellos mit Preissenkungen zu rechnen, die zahlreichen vorgesehenen oder möglichen Ausnahmen verunmöglichen jedoch eine zahlenmässige Gesamtschätzung. Schweizer Unternehmen, die in die EU exportieren, profitieren dort nicht von einem vereinfachten Marktzugang.

Grossstück-Bearbeitung Prototypenbau Langteile-Fertigung Maschinenbau



bd

Bruhin & Diethelm AG Maschinenbau

Büelgasse 6 · 8855 Wangen · Tel. 055 440 13 68 · Fax 055 440 56 53
info@bruhin-diethelm.ch · www.bruhin-diethelm.ch

Grosshandelspreise (Basis Mai 2003 = 100)

Gesamtangebot

	Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
2005	101,2	101,6	101,8	102,2	101,9	101,6	102,1	102,3	102,9	103,0	102,6	102,7
2006	102,9	103,3	103,4	104,2	104,8	104,8	105,0	105,5	105,5	105,4	105,4	105,4
2007	105,2											
*	+2,2%	+1,6%	+1,6%	+1,9%	+2,8%	+3,1%	+2,9%	+3,1%	+2,5%	+2,4%	+2,8%	+2,6%

Produzentenpreise

	Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
2005	101,3	101,6	101,7	102,0	100,8	101,7	101,9	102,1	102,6	102,7	102,7	102,7
2006	102,8	103,1	103,2	103,9	104,2	104,4	104,5	104,7	104,7	104,8	104,8	104,8
2007	104,6											

Importpreise

	Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
2005	100,9	101,5	102,1	102,6	102,2	101,4	102,4	102,7	103,5	103,5	102,3	102,6
2006	103,1	103,5	103,7	104,7	106,0	105,7	106,0	106,9	107,0	106,7	106,5	106,5
2007	106,3											

Konsumentenpreise (Basis Mai 2000 = 100)

Totalindex

	Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
2005	103,7	103,9	104,2	105,0	104,9	104,7	104,1	104,3	104,7	105,7	105,4	105,2
2006	105,0	105,4	105,3	106,2	106,4	106,3	105,6	105,8	105,6	105,9	105,9	105,9
2007	105,2											
*	+1,1%	+1,4%	+1,0%	+1,1%	+1,4%	+1,6%	+1,4%	+1,5%	+0,8%	+0,3%	+0,5%	+0,6%

		Gewichtung in %	2005				2006												2007	
			Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	
Monatsindex (Mai 2000 = 100)																				
Totalindex		100	104,7	105,7	105,4	105,2	105,0	105,4	105,3	106,2	106,4	106,3	105,6	105,8	105,6	105,9	105,9	105,9	105,2	
Nach Gruppen von Gütern und Dienstleistungen	Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	10,998	104,5	104,0	103,8	103,8	104,7	105,4	104,9	104,8	104,9	105,4	105,1	105,4	106,5	105,0	104,5	104,5	105,5	
	Alkoholische Getränke und Tabak	1,962	115,7	115,7	115,7	115,5	115,5	115,5	115,7	115,7	115,7	115,6	115,6	115,6	115,6	115,6	115,6	115,9	115,9	
	Bekleidung und Schuhe	4,259	80,1	96,7	96,7	96,7	84,1	84,1	84,1	98,9	98,9	98,9	82,3	82,3	82,3	98,6	98,6	98,6	81,0	
	Wohnen und Energie	25,175	110,0	110,4	110,0	109,8	109,9	110,8	110,8	111,2	111,6	111,4	111,8	112,1	111,7	111,6	111,8	111,8	111,8	
	Hausrat und laufende Haushaltung	4,335	101,5	101,5	101,5	101,2	101,2	101,2	101,9	101,9	101,9	101,9	101,9	101,9	101,9	101,4	101,4	102,0	102,0	
	Gesundheitspflege	16,719	103,6	103,3	103,3	103,3	103,7	103,7	103,7	103,8	103,8	103,8	103,8	103,2	103,2	103,2	103,1	103,1	103,1	103,2
	Verkehr	10,286	108,3	109,5	107,8	107,1	107,8	108,0	107,4	108,9	109,9	109,7	110,7	111,5	109,6	107,8	107,4	107,3	107,4	
	Nachrichtenübermittlung	2,636	86,7	86,7	86,7	86,6	86,6	86,6	86,5	84,8	84,8	84,8	84,8	84,8	84,8	84,8	84,8	84,7	84,7	
	Freizeit und Kultur	9,242	99,5	99,5	99,5	99,9	99,8	99,8	99,6	99,6	99,6	99,4	99,4	99,4	99,0	99,0	99,0	99,1	99,1	
	Erziehung und Unterricht	0,663	108,5	108,5	108,5	108,5	108,5	108,5	108,5	108,5	108,5	108,5	108,5	108,5	110,2	110,2	110,2	110,4	110,4	
	Restaurants und Hotels	9,009	108,8	108,8	108,8	108,8	110,1	110,1	110,1	110,2	110,2	110,2	110,1	110,1	110,1	109,7	109,7	109,7	111,8	
	Sonstige Waren und Dienstleistungen	4,716	108,3	108,3	108,3	108,3	108,9	109,2	109,2	109,2	109,3	109,3	109,3	109,3	109,1	109,1	109,1	109,1	108,6	
	Nach Herkunft und Art	Inlandgüter	73,372	105,6	105,6	105,8	105,8	106,2	106,5	106,5	106,5	106,7	106,7	106,6	106,7	106,8	106,7	106,8	106,8	107,1
Auslandgüter		26,628	102,2	105,6	104,1	106,6	101,9	102,3	101,8	104,9	105,4	105,2	102,8	103,2	102,0	103,7	103,2	103,2	99,9	
Waren		43,702	102,3	104,3	103,4	103,1	102,2	102,5	102,3	104,2	104,5	104,4	102,6	102,8	102,3	103,2	102,8	102,8	100,8	
Dienstleistungen		56,298	106,7	106,7	106,9	106,9	107,3	107,6	107,6	107,7	107,8	107,9	108,0	108,1	108,2	108,0	108,3	108,3	108,6	

* Veränderungen gegenüber Vorjahr
Die neuesten Zahlen der Konsumentenpreise erhalten Sie jederzeit ab Tonband 0900 55 66 55 und Telex 129.

Unhaltbarer Angriff auf die Schweizer Steuersouveränität

Es. Die EU-Kommission verlangt Verhandlungen mit der Schweiz über kantonale Steuerregimes. Nach ihrer Auffassung seien diese mit dem über dreissigjährigen Freihandelsabkommen Schweiz-EU nicht vereinbar. Diese nachträgliche Infragestellung seitens der Kommission lässt sich nicht rechtfertigen. Das Begehren aus Brüssel ist klar zurückzuweisen. Es ist rechtlich unhaltbar, wirtschaftlich sowie finanzpolitisch schädlich und staatspolitisch ein Angriff auf unsere Souveränität.

Die EU-Kommission hat Mitte Februar beschlossen, dem EU-Ministerrat zu beantragen, Verhandlungen mit der Schweiz in Fiskalfragen aufzunehmen. Es geht dabei um kantonale Steuerregimes, die nach Auffassung der Kommission gegen die wettbewerbsrechtlichen Bestimmungen des Freihandelsabkommens Schweiz-EG von 1972 verstossen. Ein Beschluss der Mitgliedstaaten ist erst zu einem späteren Zeitpunkt zu erwarten. Es ist davon auszugehen, dass nun EU-interne Gespräche über diese Thematik geführt werden. Angesichts des Steuerwettbewerbs innerhalb der EU ist offen, ob der angestrebte Harmonisierungskurs der EU-Kommission durch die Mitgliedstaaten mitgetragen wird.

Das Begehren aus Brüssel ist unhaltbar. Wie das der Kommission im März 2006 übergebene Rechtsgutachten des Bundesrates darlegt, fallen die kritisierten kantonalen Steuerregimes nicht unter den Geltungsbereich des Freihandelsabkommens und haben keinen Einfluss

auf den grenzüberschreitenden Warenverkehr. Die kantonalen Steuerregimes gelten für ausländische und inländische Firmen gleichermassen. Zudem bestanden die kantonalen Steuerregimes schon lange vor 1972 und wurden bislang nie bemängelt. Die nachträgliche Infragestellung nach 35 Jahren seitens der EU lässt sich nicht rechtfertigen. Ein Steuerwettbewerb auf nationaler und internationaler Ebene hat positive volkswirtschaftliche Auswirkungen und ist zu begrüssen. Er ist Ausdruck von unterschiedlichen nationalen Präferenzen in der Bereitstellung öffentlicher Leistungen. Er findet nicht nur innerhalb Europas, sondern auch auf globaler Ebene statt.

Für kleine Länder wie die Schweiz ist der globale Steuerwettbewerb von besonderer Bedeutung. Eine massvolle Besteuerung ist ein zentraler Faktor der Standortattraktivität. Heute fällt eine Vielzahl von Unternehmen unter den Status einer Holding-, Verwaltungs- oder Gemischten Gesellschaft. Dabei handelt es sich überwiegend um Schweizer Firmen, die auf alle Kantone und über alle Branchen hinweg verteilt sind. Diese Gesellschaften haben eine grosse volkswirtschaftliche Bedeutung. Sie bieten hochwertige Arbeitsplätze, sind bedeutende Auftraggeber für Drittfirmen und ermöglichen nicht zuletzt auch beträchtliche Steuereinnahmen für Bund, Kantone und Gemeinden.

Die Schweiz ist ein souveräner Staat und nicht Mitglied der EU oder des EWR. Die Souveränität gilt auch im Hinblick auf Steuergebung und Wettbewerbsrecht.

Die Schweiz ist diesbezüglich keine vertraglichen oder politischen Verpflichtungen gegenüber der EU eingegangen. Der Verhaltenskodex zur Unternehmensbesteuerung ist eine EU-interne Angelegenheit. Extraterritoriale Ansprüche der EU sind deshalb dezidiert zurückzuweisen. Die kantonale Steuersouveränität ist nicht verhandelbar. Es besteht sowohl seitens der EU als auch der Schweiz kein Interesse daran, einen unbegründeten Steuerstreit vom Zaun zu brechen und damit die guten Beziehungen zu gefährden.

Mit Kreativität und Investitionen in die Zukunft

Ich habe manchmal den Eindruck, dass die Entschlussfreudigkeit in Unternehmungen nicht mehr vorhanden ist. Die einzige Kreativität die wir heute noch kennen, ist Unternehmen zusammenzukaufen oder die Produktion zu verlagern, um Kosten zu sparen und den Wettbewerb auszuschalten. Ich meine man sollte sich wieder vermehrt auf die ursprünglichen Tätigkeiten besinnen und vor allem auch auf die Kreativität und die Weiterentwicklung der eigenen Produkte konzentrieren. Warum macht man dies nicht mehr?

Lange Zeit haben wir unter einer schlechten Konjunktur, sinkenden Umsätzen und Verlusten von Arbeitsplätzen gelitten. Dazu kam, dass Kreativität immer auch mit Problemen und Ängsten – dass sich eine neue Idee oft nicht so gut oder so schnell wie erwartet durchsetzt – zusammenhing. Wenn der Unternehmer Angst hat etwas falsch zu machen und ihm der Mut fehlt, neue Dinge auszuprobieren, dann passiert in der Regel nichts. Wenn man Angst hat, dass neue Ideen vielleicht nicht den gewünschten Erfolg bringen, ja sogar Arbeitsplätze verloren gehen könnten, dann wird leider lieber nichts gemacht als entschieden. In diesen Zeiten haben die Unternehmer leider weniger Geduld mit neuen Ideen. Ich habe das Gefühl, dass in der Schweiz zu wenig Kultur mehr besteht, Unternehmern Freiräume zu schaffen, indem sie sich kreativ entwickeln können. Diese Kreativität, die nach meiner Ansicht von der Unternehmensspitze ausgelebt werden muss, soll-

te sich auf das ganze Unternehmen beziehen. Wir befinden uns in der gefährlichen Situation, dass wir glauben dafür keine Zeit oder kein Geld zu haben. Damit investieren wir in unsere Zukunft keine Zeit und kein Geld. Nach meiner Ansicht müssen aber Manager Freiräume haben und oder schaffen, um neue Ideen zu entwickeln und umzusetzen. Zum Glück gibt es immer noch Unternehmen bei denen solche Dinge gepflegt werden. Diesen Unternehmen geht es heute besser als den Anderen. Unschlüssigen Unternehmen machen nichts falsch, aber auch nichts richtig. Erfolgreiche Unternehmen machen etwas. Dabei schlägt die Summenbilanz von Erfolg und Misserfolg zu Gunsten des Erfolges aus.

Auffallend war in den letzten Jahren, dass sehr viele Unternehmen nicht mehr wie früher investiert haben. Ich meine, dass vielerorts ein Investitionsstau vorhanden ist. Wenn man in einem Unternehmen längerfristig erfolgreich sein will, muss es kreativ sein und vor allem auch technisch à jour. D.h. konkret, Investitionen sind immer nötig und nur ein gut ausgerüstetes Unternehmen wird längerfristig am Markt erfolgreich bestehen können. Gerade jetzt bestehen viele positive Zeichen im wirtschaftlichen Umfeld oder jeder Unternehmer sollte sich mit der Investitions- oder Kreativitätsfrage auseinandersetzen. Die Rahmenbedingungen sind äusserst günstig und auch die Banken stehen den Unternehmern sehr positiv zur Seite. Hinzu kommt noch, dass die Finanzierungskonditionen nach wie

vor äusserst günstig sind und somit kluge Investitionen sich innert vernünftiger Zeit auszahlen.

Geben Sie der Zukunft eine Chance. Seien Sie kreativ, innovativ und investieren Sie. Somit sichern Sie sich längerfristig die Zukunft. Übrigens auch für neue Firmen gibt es zusätzliche Möglichkeiten. Die Innovationsstiftung der Schwyzer Kantonalbank unter der Leitung von Dr. Markus Oswald kann allenfalls mithelfen, neue innovative Firmen zu gründen / zu kaufen und so ein neues und erfolgreiches Unternehmen zu gestalten. Seien Sie mutig, packen Sie es an. Ich wünsche Ihnen viel Erfolg.

Schwyzer Kantonalbank

Franz-Peter Steiner
stv. Direktionspräsident

Wieder in den Beruf einsteigen

REV. Ab 24. März 2007 startet in Einsiedeln ein Kurs für Frauen, die hauptsächlich zu Hause oder ehrenamtlich engagiert sind und sich mit ihrer beruflichen und persönlichen Zukunft auseinandersetzen wollen. Die Teilnehmenden machen unter professioneller Leitung eine Standortbestimmung und definieren neue berufliche und private Ziele. Sie planen einen beruflichen Wiedereinstieg oder Berufswechsel, organisieren ihre Aus- und Weiterbildung und stärken ihr Selbstvertrauen.

Der Kurs wird von der Berufs- und Studienberatung Einsiedeln zusammen mit den Regional-Entwicklungsverbänden Einsiedeln und Rigi-Mythen durchgeführt. und von Christa Heer, dipl. Berufs- und Laufbahnberaterin geleitet. Das vollständige Programm ist unter www.rigi-mythen oder www.region-einsiedeln.ch zu finden. Auskunft erteilt die Berufs- und Studienberatung: 055 412 33 49 oder bbe.ed@sz.ch.